Der Zünder

rso revolutionär sozialistische organisation

Revolutionäre Sozialistische Organisation bei
Osram / *ams*

17. März 2021

„Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein.“ – Karl Marx

Enteignen? Ja, bitte!

In Berlin eine Wohnung zu finden wird immer schwieriger, egal ob man sich wegen der Kinder vergrößern will, eine altersgerechte Wohnung für die Eltern oder ein WG-Zimmer sucht – es ist einfach fast unmöglich. Seit gut zwei Jahren versucht die Bürgerinitiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ die Situation zu verändern. Angestoßen von einer Welle an Nachbarschafts-initiativen und Mietenprotesten will die Initiative nun einen Volksentscheid mit dem Ziel der „Verge-sellschaftung“ der Wohnungen von sehr großen Wohnungsgesellschaften mit mehr als 3.000 Wohnungen durchsetzen. Sie sollen von einer Anstalt öffentlichen Rechts übernommen werden. Überall in der Stadt sieht man Plakate der Initiative. Es geht um „Bezahlbare Mieten für alle!“

Deutsche Wohnen ist die Hölle

Besonders im Fokus steht das börsennotierte Immobilienunternehmen „Deutsche Wohnen“, das allein in Berlin rund 111.000 Wohnungen besitzt. Dieses Unternehmen ist besonders verhasst, weil es seit Jahren Häuser verfallen lässt und sie nur saniert, um die Mieter*innen zu verdrängen. Immer wieder beklagen Bewohner*innen, dass im Winter Heizungen ausfallen oder man stundenlang in der Servicewarteschlange steckt, bevor man einen Hausmeister erreicht. Hinzu kommt, dass die Deutsche Wohnen alle Tricks ausnutzt um die Mieten zu erhöhen. Das Ergebnis lässt sich sehen: 422 Millionen Euro Gewinn im Jahr 2019.

Ziel der Initiative

Wohnungen sind eine besondere Ware im Kapitalismus, auf die man nicht verzichten kann. Selbst das bürgerliche Recht sieht Schutzmaßnahmen vor. So ist der Berliner Senat durch die Verfassung verpflichtet, dafür zu sorgen, dass für alle Bürger*innen ausreichend “angemessene” Wohnungen vorhanden sind – aber wir wissen ja, wie geduldig Papier ist. Als “angemessen” gelten Wohnungen, deren Bruttowarmmiete 30 % des Einkommens nicht übersteigt. Jetzt kann sich jede Berlinerin oder jeder Berliner fragen, ob man mehr oder weniger für die Miete bezahlt ... Weiter heißt es: „Jeder Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist widerrechtlich.“ (Verfassung von Berlin, Artikel 24). Das klingt fast nach Aufforderung zur Abschaffung des Kapitalismus. Aber nicht ganz.

In Wirklichkeit setzt der legale Rahmen der Initiative sehr enge Grenzen. Es geht bei einer „Enteignung“ letztlich darum, die Konzerne zu einem Verkauf der Wohnungen zu zwingen, für den sie Entschädigungen erhalten sollen. Im Erfolgsfall wird die Höhe der Entschädigung auch entscheiden, wie teuer die Mieten in den nächsten Jahren sein werden, denn der Kaufpreis soll über künftige Mieten (teil-)finanziert werden. Der Senat setzt 29 Milliarden Euro an, den geschätzten aktuellen Marktwert, der seit Jahren durch Spekulation in die Höhe getrieben wurde. Doch es gibt selbst im Rahmen des Kapitalismus viele Argumente, weniger zu zahlen. Erstens wird bei Enteignungen zum Autobahnbau oder für Kohletagebaue, wenn ganze Dörfer platt gemacht werden, selten der Marktwert gezahlt; zweitens wurden viele Wohnungen, die heute im Besitz der Deutschen Wohnen sind, vor zwei Jahrzehnten für einen Bruchteil des heutigen Werts vom Senat verscherbelt und die Deutsche Wohnen hat viele Wohnungen seitdem verfallen lassen; drittens haben die Immobilienkonzerne durch sogenannte share deals (googlen lohnt sich) sich allein in Berlin um Hunderte Millionen an Grunderwerbssteuer gedrückt. Also wenn man den Konzernen überhaupt etwas zahlt, dann doch bitte möglichst wenig!

Nur breite Proteste zahlen sich aus!

Dass die Berliner Regierung kein Interesse daran hat, Immobilienkonzerne zu enteignen, sieht man an ihrem Umgang mit der Initiative. Es wurde alles unternommen, den Volksentscheid rechtlich zu verhindern. Auch mit dem Berliner Mietendeckel, der Mietobergrenzen vorsieht, wollte der Senat der Bewegung den Wind aus den Segeln nehmen. Ohne Erfolg….

Über Tausend Menschen beteiligen sich am Unterschriften sammeln, Plakate kleben, Infostände aufbauen usw. Ihr Engagement führt dazu, dass die Kampagne in der ganzen Stadt sichtbar und die Frage von Enteignungen in vieler Munde ist. Überall in Deutschland gab es Solidaritätsaktionen.

Letztlich hängt alles vom Druck auf der Straße ab. Daher sollten wir uns keine Illusionen über legale Möglichkeiten im Kapitalismus machen, aber die Kampagne packt das wichtige Thema der Mieten auf die Tagesordnung und ruft uns in Erinnerung, dass breite Proteste gegen die zu hohen Mieten weiterhin nötig sind!

Das nächste mal noch stärker!
Am 3. März um 9:00 Uhr waren gut 200 Leute im Warnstreik! Von der P-VIP waren alle dabei, Autolampe stand still, dazu kamen Kolleg*innen vom Glaswerk… Die Angst vor einer hypothetischen Sanktion wegen Streiks war nicht mit der Entschlossenheit für „mehr Geld“ oder für „Sicherheit“ zu vergleichen. Ein paar Büroangestellte sind im Betrieb geblieben - diese sind leider selten beim Warnstreik. Aber die Angestellten aus der Fertigung sind diejenigen, die die Produktion stoppen.
So eine Streikbeteiligung drückt klar aus, dass ein paar Stunden Lohnabzug nichts ist, im Vergleich zu dem was wir durch den Streik gewinnen können.
Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Arbeitgeberverband bekommt Widerspruch
Von Siemens-Schaltwerk über Osram bis zu weiteren Siemens-Betrieben Richtung Siemensstadt: die Menschenkette war 1100m lang und die Leute (mit Abstand!) auf zwei Reihen gestellt! Die Behauptung des Arbeitgeberverbandes, dass dieses Jahr kein Geld zu verteilen wäre, hat offensichtlich nicht viele überzeugt. Vor unserem Betrieb standen Kollegen von BMW, so waren wir ein bisschen gemischt. Mit mehr Zeit draußen hätten wir uns gegenseitig besser über die Angriffe der Unternehmensführungen austauschen können... um den effizienten Gegenschlag zu planen!

Die Produktion stören
Die Menschenkette hat keine echte Sperrung der Straße verursacht. Die Autos fuhren aber auf einem einzigen Fahrstreifen. So gab es doch einen schönen Stau; die Kollegen, die auf ein Plakat „hupen!“ geschrieben hatten, bekamen ab und zu von Autofahrern eine Antwort.
Am wichtigsten ist, dass die Maschinen stehen, dass die Produktion steht. Jenseits der schönen Fotos und Videos der Aktion ist der richtige Hebel da.

Strike: just do it! Strikes: grow together!
Nach dem Warnstreik wird bestimmt der Vorstand Osrams einen kleinen Knick in der Kurve der Produktion des Tages verzeichnen müssen. Um 10:00 Uhr war die Aktion auch schon vorbei. Ein Warnstreik eben, nur eine Warnung. Osram und erst recht ams werden sich von so einer Aktion nicht beeindrucken lassen. Die Bewegung muss wachsen!
Der dumme Spruch, den die Betriebsleitung als Hintergrundbild auf den Computern installiert hat, findet doch eine passende Verwendung! Der nächste Warnstreik kann eine Etappe zum echten Streik sein. Der erste Warnstreik hat den Vorstand mit der Nadel gekitzelt, dann jetzt 12 Stunden oder gar 24, so dass jede Schicht den Spaß genießt, die Betriebsleitung zu ärgern!

Nachbarbetrieb unter Spannung
Letzte Woche haben die Kolleg*innen von Siemens-Messgeräte bei einem «town hall meeting» erfahren, die Hochspannung werde nicht mehr trend und die Zukunft gehöre eher der Mittelspannung. Das Werk, das die Mittelspannungsschaltanlagen produzieren würde, wäre aber nicht hier sondern - rate mal - in Indien! Nebenfrage: wie hoch sind dort die Löhne?
Der Ärger der Kolleg*innen lässt sich nicht so leicht wie den Strom messen.
Für gemeinsame Aktionen bietet aber die Tarifrunde ein schönes Zeitfenster. Die Pläne von Siemens sowie die Pläne von ams, den Betrieb zu zerstückeln, gehören beide in den Müll!

Sukzessive Angriffe: koordinierter Rückschlag
In Berlin gibt es gleichzeitig Daimler und Siemens-Energy, seit einer Woche Siemens Meßgeräte… Die Angriffe laufen parallel, sind aber in unterschiedliche Entwicklungsstadien. Bei uns geht es erstmal um Drohungen. Ams will Teile des Betriebs verkaufen? Nein: die Aussagen von Berlien letzten Monat müssen von ihm zurückgenommen werden.
Jeder mit seinen Forderungen, aber nur gemeinsam haben wir genug Kraft, um uns den verschiedenen Metall-Unternehmen zu widersetzen. Die Kapitalisten der Metallbereiche erreichen ihr Ziel nur, weil wir nicht koordiniert handeln. Gemeinsame Demos, koordinierte Warnstreiks mit nicht nur Delegationen, sondern gegenseitiger Besuch von Kolleg*innen... Wenn die Unternehmen mit einer Solidaritätsbewegung (über den Betrieben hinaus) konfrontiert sind, dann haben sie ein Problem.

Hoch die Miete? Hoch die Löhne!
Die Miete ist die erste Summe, die monatlich von unseren Löhnen abgezogen wird. Die Kapitalisten gewähren uns einerseits die möglichst geringen Löhne, und anderseits beklauen sie uns durch die Miete! Diese Tarifrunde soll die Rache sein.
Keine einmalige Zahlung: wir fordern 4% Lohnerhöhung!

35 Stunden pro Woche für alle!
32 Jahre nach der Wende müssen noch die Kolleg*innen vom Osten 38 Stunden pro Woche arbeiten, wo wir nur 35. Eine Arbeitszeitsenkung bei vollem Lohn ist für sie dringend erforderlich!
Wie können sie aber in 35 Stunden statt 38 die selbe Arbeit schaffen? Eine Arbeitszeitsenkung beim selben Personalbestand bedeutet eine Erhöhung der Produktivität. Wir fordern also die entsprechenden Einstellungen!
Der DAX setzte gestern seinen jüngsten Rekordlauf fort. Die Presse meldet eine „Partylaune an der Börse“. Also ran an den Streik!

V.i.S.d.P. Florian Sund, Schmarjestraße 17, 14169 Berlin